



Der Vorsitzende des Ausschusses für  
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und  
Integration

der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung

E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)

Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-3738

Telefax (0611) 31-3902

Sachbearbeiter: Astrid Koba

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration

2. Den Fraktionen

3. Dem Magistrat

4. Nachrichtlich

Herrn stellv. Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, 05.11.2009

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung

des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration

am Dienstag, 10. November 2009, um 17:00 Uhr,

Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

1. Genehmigung der Niederschrift

2. 09-F-25-0095

Imame in Wiesbaden

- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 12.10.2009 -

Für die Integration der islamischen Gemeinden in die moderne Stadtgesellschaft spielen deren Leitungspersonlichkeiten und Funktionsträger eine entscheidende Rolle. Dabei treten, auch bei der Kooperation der islamischen Gemeinden mit der Landeshauptstadt Wiesbaden, aber meistens die Mitglieder der Vorstände der in der Regel vereinsrechtlich organisierten Gemeinden auf. Die Imame spielen hier offenbar eine eher untergeordnete Rolle und treten nur selten in Erscheinung. Dies gilt auch für die 9 islamischen Gemeinden, die die Integrationsvereinbarung unterschrieben haben.

Vor diesem Hintergrund wolle der Ausschuss beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu folgenden Themen zu berichten:

1. Eine anonymisierte Übersicht über die Imame aller islamischen Gemeinden in Wiesbaden mit Angabe unter anderem von
  - Herkunftsland
  - Sprachkenntnissen
  - Art, Umfang und Ort der theologischen Ausbildung
  - Aussagen zur Ausrichtung der Ausbildungseinrichtung
  - Dauer des bisherigen Aufenthalts in Deutschland, Aufenthaltsstatus
  - Dauer der bisherigen Tätigkeit als Imam in der Gemeinde
  - bisherige Tätigkeiten als Imam in anderen islamischen Gemeinden
  - Publikationen
  - Finanzierung des Gehalts
2. Welche Tätigkeiten üben die einzelnen Imame in ihren Gemeinden jeweils aus? Gibt es dabei gravierende Unterschiede unter den Gemeinden?
3. Beschränkt sich die Tätigkeit der Imame ausschließlich auf die theologischen und liturgischen Fragen der Religionsausübung im engeren Sinne wie Freitagsgebet, Koranlesungen, religiöse Seelsorge usw.?
4. Besteht aus Sicht des Magistrats Bedarf an Fortbildung der Imame betreffend die deutsche Sprache und bezüglich der Grundzüge unserer Gesellschaft und Rechtsordnung?
5. Hält der Magistrat das Angebot eines Orientierungskurses analog dem Kurs aus der Integrationsverordnung nach dem Zuwanderungsgesetz für die Imame für sinnvoll und erforderlich?
6. Hat der Magistrat Erkenntnisse, dass bei islamischen Gemeinden, die einer übergeordneten Organisation unterstehen, wie z.B. Ditib oder Milli Görüs, die Auswahl der Imame durch die Dachorganisation bestimmt wird?
7. Wie häufig werden neue Imame beschäftigt? Wie hoch ist der Anteil ausländischer

### 3. **09-F-25-0097**

Neuausrichtung der Interkulturellen Woche - Wiesbadener Integrationsgespräche  
- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 03.11.2009 -

#### Vorbemerkung

Die Interkulturelle Woche verfolgte von Beginn an den Zweck der Darstellung und Förderung der kulturellen Vielfalt der modernen Stadtgesellschaft. Veranstaltungen aus den Bereichen Kultur, Kunst, Musik, Unterhaltung oder Ernährung prägten daher das Programm der Interkulturellen Woche. Seit der erstmaligen Durchführung der Interkulturellen Woche vor über 10 Jahren haben sich die Anforderungen an die kommunale Integrationsarbeit parallel zu den Veränderungen in der Gesellschaft weiterentwickelt und verändert. So ist das Thema Integration und kulturelle Vielfalt längst dezentral in den Stadtteilen und Quartieren verankert. Viele verschiedene Stadtteilstefeste und ähnliche Veranstaltungen und Aktionen mit interkultureller Ausgestaltung sind überall zum Standard geworden.

Gleichzeitig hat sich das Internationale Sommerfest des Ausländerbeirates als die bedeutendste zentrale interkulturelle Veranstaltung in Wiesbaden etabliert. Das Fest hat mittlerweile ein sehr hohes

Seite 3 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 10. November 2009

Niveau erreicht, wird sehr gut besucht und ist aus dem städtischen Veranstaltungskalender nicht mehr weg zu denken.

Vor diesem Hintergrund möge der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration beschließen:

1. Die Interkulturelle Woche in der bisherigen Form wird ab dem Jahr 2010 nicht mehr durchgeführt.
2. Sie wird 2010 erstmals als Wiesbadener Integrationsgespräche neu ausgerichtet. Mit diesem Forum wird eine Plattform geschaffen, auf der integrationsrelevante Themen mit fachlicher, politischer und wissenschaftlicher Beteiligung durch Vorträge, Lesungen, Referate, Podiumsdiskussionen und ähnliche Veranstaltungen in den Mittelpunkt gestellt werden.
3. Ziel ist es, das Wiesbadener Integrationsgespräch als dauerhafte und mit einer über Wiesbaden hinaus reichender Bedeutung versehene Veranstaltung zu etablieren und dadurch den integrationspolitischen Stellenwert Wiesbadens weiter auszubauen. Deshalb sollen für die Veranstaltungen des Forums auch bedeutende Persönlichkeiten aus Gesellschaft, Politik und Wissenschaft gewonnen werden.
4. Das Wiesbadener Integrationsgespräch soll wie die Interkulturelle Woche gemeinschaftlich von Ausländerbeirat, Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration und Einwohner- und Integrationsamt konzipiert und veranstaltet werden. Die Federführung soll beim Einwohner- und Integrationsamt liegen.
5. Die bisher für die Interkulturelle Woche bereitgestellten Mittel von jährlich 15.000 € werden beginnend mit dem Jahr 2010 in Höhe von 10.000 € für die Finanzierung des Wiesbadener Integrationsgespräches bereitgestellt.
6. Die restlichen der bisher für die Interkulturelle Woche bereitgestellten Mittel in Höhe von 5.000 € werden beginnend mit dem Jahr 2010 für die Finanzierung der Erweiterung des Internationalen Sommerfestes des Ausländerbeirates bereitgestellt. Das Sommerfest soll um einen halben oder ganzen Tag erweitert werden.

#### 4. 09-F-01-0097

Öffentliche Toiletten / Verhandlungen mit Anbietern  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.11.2009 -

Am 6. November 2007 hat der Ausschuss mit Beschluss Nr. 0083 einen Bericht zur Situation der öffentlichen Bedürfnisanstalten zur Kenntnis genommen. Dort heißt es unter Punkt 3: *„Die derzeitige Toilettensituation in Wiesbaden kann noch nicht als endgültig angesehen werden.“* Dem ist zuzustimmen, die Situation hat sich seit 2007 kaum verändert, dringender Handlungsbedarf ist nach wie vor gegeben.

Gleichfalls heißt es in der Sitzungsvorlage die dem o. a. Beschluss zugrunde gelegen hat: *„Alternativ gibt es die grundsätzliche Möglichkeit, den Betrieb von öffentlichen Toiletten in einem Werbenutzungsvertrag mit einem Außenwerber zu regeln...“*

In der Sitzungsvorlage 08-V-66-0100 und dem zugehörigen Magistratsbeschluss (0414 vom 20.05.2008) wurde die Gründung einer Arbeitsgruppe zwecks weiterer Verhandlungen zur Stadtmöblierung beschlossen. In der Vorlage ist von öffentlichen Toiletten nur am Rande die Rede.

*Der Ausschuss möge daher beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wie sich der gegenwärtige Sachstand der Beratungen der Arbeitsgruppe zum Thema Stadtmöblierung darstellt und gleichzeitig darüber informieren, wie er gedenkt, die Frage der Erhöhung der Anzahl öffentlicher Toiletten in dem Beratungsprozess zu verankern bzw. ob er schon Vor-Verhandlungen mit möglichen Anbietern geführt hat.

## **5. 09-F-01-0098**

Bürgerschaftliches Engagement / Ehrenamtskarte  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.11.2009 -

In den „Wiesbadener Stadtanalysen“ wurden kürzlich die Umfrageergebnisse aus 2009 zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement in Wiesbaden“ veröffentlicht. Aus diesen Ergebnissen geht u. a. auch hervor, dass:

- in Wiesbaden 35,6 Prozent der Menschen ehrenamtlich engagiert sind und 64,4 Prozent nicht; von den Nicht-Engagierten sich dies aber knapp 35 Prozent vorstellen können,
- sich insgesamt mehr als 83 Prozent der Befragten eine stärkere Unterstützung des Ehrenamtes durch Staat und Gesellschaft wünschen,
- lediglich 25,2 Prozent aller Befragten die Ehrenamts-Karte kennen und selbst von den ehrenamtlich Engagierten gerade einmal 39,9 Prozent Kenntnis von der Ehrenamtskarte haben, während der Anteil bei Nicht-Engagierten 17,0 Prozent beträgt.

*Der Ausschuss möge daher beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten darzulegen,

- a. wie er gedenkt, die Ehrenamtskarte gerade bei den Menschen bekannt zu machen, die bereits ehrenamtlich engagiert sind und sich insofern für die Karte qualifizieren,
- b. sowie bei der Bevölkerung allgemein, um die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement zu steigern.

## **6. 09-F-01-0100**

Gedenken an die von den Nationalsozialisten verfolgten Sinti und Roma in Wiesbaden  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.11.2009 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, einen Überblick darüber zu geben, wie viele Wiesbadener Sinti und Roma Opfer des nationalsozialistischen Gewaltregimes geworden sind und ob sie namentlich benannt werden können.

## **7. 09-F-06-0052**

Bürgerversammlungen nach § 8a der HGO  
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 04.11.2009 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten,

- welche Bürgerversammlungen nach §8a HGO (Ortsbezirk, Tagesordnungspunkt(e) und Datum) in den Jahren 2006 – 2009 in der Landeshauptstadt stattgefunden haben und
- was er zu unternehmen gedenkt, um das Instrument der "Bürgerversammlung" wie in der Hessischen Gemeindeordnung (HGO, § 8a) vorgesehen regelmäßig in der Landeshauptstadt Wiesbaden zu nutzen, um die demokratische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der städtischen Politik zu erhöhen.

**8. 07-F-25-0071**

"Willkommenspaket" für Neubürgerinnen und Neubürger und Studierende  
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 12.06.2007 -

**ANLAGE**

**9. 09-V-10-0021**

**DL 32/09-5**

Anbahnung Städtepartnerschaft - Beziehungen zu Fatih/Istanbul -

**10. 09-V-10-0007 + 09-A-21-0002**

**DL 33/09-3**

Ludwig-Beck-Preis für Zivilcourage der Landeshauptstadt Wiesbaden;  
Änderung der Verleihungsrichtlinien

**ANLAGE**

**11. 09-V-33-0006**

**DL 35/09-2**

Erste Fortschreibung des Integrationskonzeptes für die Landeshauptstadt Wiesbaden

**12. 09-V-33-0007 + 08-A-21-0002**

**DL 35/09-3**

Zentrales Bürgerbüro im Luisenforum: Evaluierungsergebnisse und neue Öffnungszeiten

**ANLAGE**

13. 09-V-80-8012 DL 32/09-14  
Stadtfest 2010 und 2011
14. 09-V-30-0006 DL 33/09-7  
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk AKK I Mainz-Kastel
15. 09-V-30-0007 DL 33/09-8  
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen AKK I Mainz-Kastel
16. Bericht der Dezernentin
17. Verschiedenes

**NICHT - ÖFFENTLICHE BERATUNG**

18. 09-V-10-0022 DL 35/09-1 NÖ  
Bürgerfest 2009

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Spallek  
Vorsitzender